

– es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Bürgermeister.

Ich habe jetzt eine etwas schwierige Aufgabe, da ich zu einem Papier sprechen darf, das ich soeben zum ersten Mal in der Form gesehen habe. Ich habe mir gestern Abend überlegt, was sage ich heute und ich muss sagen, viele Punkte, die ich mir so gedacht hatte, sind eingetroffen, andere wiederum nicht. Ich frage mich, was hat sich seit meiner letzten Rede zum Haushalt, zu unseren Anträgen am 10.02.2011 verändert? Was hat sich haushaltspolitisch getan? Aus meiner Sicht nichts. Stille. Schweigen im Walde. Wir haben die 323 Anträge im Finanzausschuss zwei Mal besprochen, zusammengefasst, eingedampft. Aber ansonsten habe ich mit der Fraktionsvorsitzenden der GAL, Frau Marggraf, gemailt und zwei Mal mit Herrn Dondorf telefoniert, weil von Herrn Dondorf ja das Angebot kam, über den Haushalt zu sprechen. Da wurde mir gesagt, dass man an einem Paket arbeitet. Das dachte ich mir bereits im Dezember, bevor das überhaupt gesagt wurde. Die FDP hatte ja bei ihrer letzten Haushaltsrede gesagt, wir sind bereit, mit den anderen Fraktionen über alle Dinge zu reden, nur nicht über die Höhe der Gewerbesteuer. Das ist unser Knackpunkt. Da dachte ich mir, da wird ein Antrag bearbeitet, bei dem auch die Gewerbesteuer vorkommt. Auf der anderen Seite habe ich gestern in der Rhein-Neckar-Zeitung von einem CDU-Antrag gelesen, der die Grundsteuererhöhung vermindern wollte. Da kann man nur sagen, wir haben im Moment im Gemeinderat eine sehr bedauerliche Kommunikationslosigkeit. Sicher kann man sagen, Frau Trabold, du hättest doch selber Gespräche aufnehmen können. Aber es ist ja schließlich bekannt, tut mir leid, dass ich beruflich seit Montag wegen der Jahrestagung unseres Instituts für deutsche Sprache rund um die Uhr eingespannt bin. Eigentlich schon seit Ende letzter Woche. Die Landtagskandidatur hat damit nichts zu tun, das geht einfach beruflich nicht. Ich bin dafür bekannt, meine Damen und Herren, dass ich in solchen Dingen gerne Initiative ergreife. Als Beispiel dafür: Ich habe mich nach der Kommunalwahl bemüht, alle Gruppierungen und Parteien an einen Tisch zu bringen, um die Ausschussbesetzungen gemeinschaftlich zu besprechen. Sie erinnern sich daran. Das ist dann schief gelaufen, weil die Gespräche in der Runde etwas anderes vorgaben als das, was dann tatsächlich gemacht worden ist. Aber es kann doch tatsächlich nicht sein, dass im Rahmen eines Haushalts, der in finanzpolitisch schwierigen Zeiten gemacht werden muss, einzelne Gruppen auf die Art und Weise, wie wir es jetzt mit diesem Papier erleben, ausgegrenzt werden, obwohl sie eindeutig ihre Gesprächssignale senden, wie zum Beispiel die FDP, und aus zeitlichen Gründen auf ein wenig Entgegenkommen angewiesen wären. Man kann sich auch fragen, ob unser Oberbürgermeister gut beraten war, und das ist ja auch der Grund, der im Hintergrund schwingt, den Haushalt nicht im Dezember zu verabschieden, sondern 10 Tage vor einer Landtagswahl. Man sieht ja an der Art der Diskussion, an der Art der Verhandlung, dass das eine ganz starke Rolle bei den Profilierungsversuchen spielt. Ich glaube, in Zukunft sollte der Oberbürgermeister solche politischen Punkte stärker berücksichtigen.

Der ursprüngliche Haushalt selbst hat sehr viele Dinge, die der FDP wichtig sind, viele Punkte, die aufgrund einer soliden Haushaltspolitik und aufgrund der enormen Anstrengung der Ämter wichtig sind. Wir wissen alle, dass uns bisher 95 Mio. Euro fehlen und dennoch gibt es die Punkte Familie, Bahnstadt, Theatersanierung, Kleinkindbetreuung (sie wird 2012 nach dem Haushaltsplan bei 47 % liegen). Wir haben Schulsanierungen in den Jahren von 2007 bis 2012 bei 100 Mio. Euro, wir werden investieren im Bereich Emmertsgrund oder Boxberg bei einem Seniorenzentrum, und die FDP hat sich mit ihren Anträgen sehr auf nur kleine Punkte, auf ihr wichtige Punkte beschränkt im Bereich Bildung, Kultur, Sport und Wirtschaft. Wir haben uns sehr stark an dem ursprünglichen Entwurf des Oberbürgermeisters orientiert, auch an den Kommentaren, die von der Verwaltung gegeben worden sind, weil wir das immer für sehr gute Hinweise halten, egal, ob das Kommentare sind, die von der Frau Oberbürgermeisterin Weber in deren Amtszeit gegeben worden sind oder auch vom Oberbürgermeister Dr. Würzner. Deswegen haben wir uns in dieser finanziell schwierigen Lage sehr stark zusammen genommen mit Anträgen. Aber auf jeden Fall, denke ich, sind einige Akzente, die jetzt beim Durchblättern des Paketantrages (ich habe ihn heute zum ersten Mal gesehen) zu lesen sind, nicht so gut. Unter anderem, dass man bei Gebäudeunterhalt streichen will, dass man bei Verkehrssignalanlagen streichen will, dass man viele Maßnahmen hat, die nicht mit Folgekosten benannt sind, auf die die Verwaltung aber hinweist.

Jetzt wird schon davon gesprochen, dass, wenn die ganzen Steuererhöhungen nicht beschlossen werden, es natürlich sein kann, dass wir einen Nachtragshaushalt nach Bedarf machen. Das ist natürlich Trick 17, um vor einer Wahl nicht mit schwierigen Sachen zu konfrontieren. Die FDP hätte, obwohl es ihr sehr schwer fällt, aber sie hätte aus finanzpolitischer Verantwortung einer Grundsteuererhöhung zugestimmt, obwohl es sehr viel Kritik gibt und obwohl es schwierige Punkte sind, aber weil es einfach auch eine verlässliche Komponente ist in so einer angespannten Haushaltssituation. Einige Punkte sind interessanterweise in dem Papier enthalten, die wir als Anträge gestellt haben. Interessanterweise sind auch die Fußnoten 1:1 vom Textteil übernommen worden. Das finde ich für die Sache gut.

Was uns wichtig war ist auf jeden Fall, dass die Zuschüsse an private Schulen, an die Akademie für Ältere und an die Volkshochschule in voller Höhe ausbezahlt werden. Für uns war auch wichtig, dass die Kulturzuschüsse in der vollen Höhe ausbezahlt werden, gerade auch im Hinblick auf die Metropolregion-Bewerbung und auf die Landeszuschüsse. Für uns war ebenfalls wichtig, dass der Bereich Sport in der vollen Höhe die Zuschüsse bekommt. Nicht im Haushaltsantrag enthalten ist der Punkt, der für uns wichtig gewesen wäre, für die Umschichtung aus dem Amt für Gleichstellung, was die Mittelständischen Betriebe bei der Personalgewinnung und Rekrutierung von Nachwuchskräften betrifft, und auch die Verschiebung, was die Bahnhofstraße betrifft.

In einigen Punkten, was den Sozialbereich betrifft, sind auch richtige Akzente gesetzt worden. Aber, meine Damen und Herren, das möchte ich hier nochmals betonen, es wird gesagt, es sei gesprochen und kommuniziert worden, man hätte Gespräche geführt. Natürlich ist es ein Kraftakt für vier Gruppen, einen gemeinsamen Antrag zu stellen, aber es sind keine Gespräche geführt worden. Ich sehe dieses Papier in der Form heute zum ersten Mal. Wenn man wirklich möchte, dass mit einer breiten Mehrheit ein Haushalt verabschiedet werden soll, dann muss man mit allen Gruppen Gespräche suchen. Wenn man gewisse einseitige Signale setzen will, dann ist das auch o.k. Dann kann man das sagen. Da kann man sagen, wir wollen mit einer 2/3 Mehrheit diesen Haushalt hier verabschieden. Aber dann soll man bitte nicht sagen, es sind Gespräche angeboten worden. Ich habe vorhin schon darauf hin-

gewiesen, dass ich mich mehrfach bemüht habe. Ich wäre froh gewesen, man hätte das gemeinschaftlich gemacht.

Auf einen Punkt möchte ich nochmals aufmerksam machen, der anscheinend auch Konsens ist, und ich finde es sehr gut, dass keine Gewerbesteuererhöhung gewünscht wird. Das ist ein gutes Signal auch in der angespannten Lage.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen, der in letzter Zeit ebenfalls diskutiert wurde. Dieser betrifft die Erhöhung der Sondernutzungsgebühren für Außenbewirtschaftung. Jetzt in der Presse wird das Thema groß aufbereitet, wir bekommen einige Papiere. Aber vielleicht erinnern Sie sich daran, dass ich in der Haupt- und Finanzausschusssitzung, als dieses Papier vorlag, gefragt hatte, ob dieser Punkt sowohl mit den Betroffenen als auch mit dem Amt für Wirtschaftsförderung abgesprochen wurde. Es wurde gesagt, ja. Dies war auch keine Kritik am Oberbürgermeister, sondern es war eine Frage nach Transparenz und Beteiligung der betroffenen Gruppen. Daraufhin wurde die Angelegenheit ohne Beschluss in den Gemeinderat gegeben und das Amt für Wirtschaftsförderung hat uns dann noch eine Stellungnahme gegeben, dass alles in Ordnung gegangen sei. Und jetzt bekommen wir Briefe – Sie haben sie alle bekommen – vom Einzelhandelsverband, in denen geschrieben wird, dass diese Gespräche überhaupt nicht stattgefunden haben. Da wundere ich mich, welche Aussage in den einzelnen Punkten zutrifft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushaltsplan, so wie ihn der Oberbürgermeister vorgelegt hatte und mit unseren Änderungsanträgen, wäre zustimmungsfähig gewesen. Die Gespräche, die benannt wurden, haben nicht stattgefunden. Der Antrag, der uns vorliegt, hat einige Punkte, die gut sind – hat aber auch einige Punkte, die wir nicht mittragen können. Wenn Gespräche geführt worden wären, hätte man da vielleicht auch einen breiten Konsens erzielen können. Aber in der Form, in der er jetzt vorliegt, können wir dem nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.